

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Carina Brenig
Telefon	+49 202 563 2541
Fax	
E-Mail	carina.brenig@stadt.wuppertal.de
Datum	24.02.2023

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/0662/23) am
21.02.2023**

Anwesend sind:

von der SPD

Herr Yannik Düringer, Frau Gabriela Ebert,

von der CDU

Frau Ingelore Ockel, Frau Janine Weegmann,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Suzanne Kettig, Frau Iris Theuermann-Braß,

von der FDP

Frau Heidrun Leermann,

von DIE LINKE

Frau Emel Köse,

von der AfD

Frau Gisela Neuland-Kreuz,

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Thomas Bartsch, Herr Florian Jonas Gonner, Herr Frank Gottsmann, Herr Dr. Christoph Humburg, Frau Julia Schnäbelin,

Jugendrat

Frau Zeyno Havin Bal,

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Dr. Thorsten Böth, Frau Nilay Dogan, Herr Aydin Dursun, Frau Ute Kuhlmann, Frau Felizitas Marx, Herr Lutz Middelberg, Frau Katrin Ringel, Herr Bernd Schäckermann, Frau Michaela Scheer, Herr KHK Ralf Weidner,

von der Verwaltung

Frau Sandra Gross, Frau Sigrid Möllmer, Herr Michael Neumann, Frau Petra Reißing, Frau Christine Roddewig-Oudnia, Frau Viola Wessler,

Schriftführerin:

Carina Brenig

Beginn: 16:06 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Frau Ockel verpflichtet formgemäß Frau Ebert und Herrn Dursun als Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

1 Bericht der Verwaltung

Herr Neumann berichtet über die Betreuungseinschränkungen und den Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten.
Es erfolgen hierzu Wortmeldungen von Herrn Düringer und Herrn Dr. Humburg.

2 Anliegen der Jugendräte

Frau Bal berichtet von den Aktionen der Jugendräte.

3 Begleitkommission Kinder- und Jugendförderplan

Es ist keine Vorlage hinterlegt.

4 Zwischenbericht als Grundlage zur 9. Fortschreibung des Bedarfsplans für Betreuungsangebote für Kinder bis zur Einschulung (Tageseinrichtungen und Kindertagespflege) Vorlage: VO/1538/22

Keine Wortmeldungen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Entgegennahme ohne Beschluss

5 Fortführung des Ausbaus von OGS-Plätzen zum Schuljahr 2023/2024 Vorlage: VO/1302/22

Keine Wortmeldungen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Entgegennahme ohne Beschluss

**6 Wirtschaftsplan für den Zweckverband Bergische Volkshochschule für das
Geschäftsjahr 2023
Vorlage: VO/1615/23**

Frau Lenker von der Bergischen Volkshochschule berichtet und beantwortet eine Rückfrage von Frau Kettig.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, bei 1 Enthaltung (AfD)

**7 Errichtung der offenen Ganztagsgrundschule Gewerbeschulstraße
Vorlage: VO/1515/22**

Frau Theuermann-Braß fragt, warum die Beteiligung anderer Kommunen bzw. Schulträger für die Errichtung der offenen Ganztagsgrundschule Gewerbeschulstraße notwendig ist.

Die Beantwortung der Rückfrage erfolgt von Herrn Neumann im Nachgang und wird dem Protokoll beigefügt:

„Die Frage kann mit dem § 80 des SchulG NRW abschließend und auch plausibel beantwortet werden.

§ 80 SchulG – Schulentwicklungsplanung

(1) Soweit Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände Schulträgeraufgaben nach § 78 zu erfüllen haben, sind sie verpflichtet, für ihren Bereich eine mit den Planungen benachbarter Schulträger abgestimmte Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Sie dient nach Maßgabe des Bedürfnisses (§ 78 Abs. 4) der Sicherung eines gleichmäßigen, inklusiven und alle Schulformen und Schularten umfassenden Bildungs- und Abschlussangebots in allen Landesteilen. Die oberen Schulaufsichtsbehörden beraten die Schulträger dabei und geben ihnen Empfehlungen. Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung sind aufeinander abzustimmen.

(2) Schulen und Schulstandorte sind unter Berücksichtigung des Angebots anderer Schulträger so zu planen, dass schulische Angebote aller Schulformen und Schularten einschließlich allgemeiner Schulen als Orte des Gemeinsamen Lernens (§ 20 Absatz 2) unter möglichst gleichen Bedingungen wahrgenommen werden können. Die Schulträger sind verpflichtet, in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, vielfältiges, inklusives und umfassendes Angebot zu achten und benachbarte Schulträger rechtzeitig anzuhören, die durch die Planungen in ihren Rechten betroffen sein können. Dabei sind auch die Angebote der Berufskollegs und der Weiterbildungskollegs zu berücksichtigen. Sofern es sich bei dem Schulträger um eine kreisangehörige Gemeinde handelt, ist der Kreis im Hinblick auf seine Aufgaben gemäß § 78 Abs. 4 frühzeitig über die Planungen zu unterrichten. Macht ein benachbarter Schulträger eine Verletzung eigener Rechte geltend und hält der Schulträger an seiner Planung fest, kann jeder der beteiligten Schulträger ein Moderationsverfahren bei der oberen Schulaufsichtsbehörde beantragen. Die beteiligten Schulträger können auch die Moderation durch eine andere Stelle vereinbaren. Das Ergebnis der Abstimmung mit benachbarten Schulträgern und des Moderationsverfahrens ist festzuhalten.“

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**8 Budgetplanung für das Kindergartenjahr 2023/24
Vorlage: VO/1502/22**

Herr Neumann beantwortet Rückfragen von Frau Theuermann-Braß und Herrn Dr. Humburg.

Es erfolgt eine Wortmeldung von Herrn Bartsch.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Haushaltsplan 2023
Vorlage: VO/1560/22**

**9.1 Haushaltsgesamtantrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege (AGFW) für 2023
Vorlage: VO/1649/23**

Es erfolgt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Humburg.

Frau Weegmann stellt einen Antrag auf Vertagung. Eine Beschlussfassung ist hier nicht für den Jugendhilfeausschuss möglich.

Frau Ockel weist außerdem auf die noch ausstehenden Klausurtagungen der Parteien hin.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Entgegennahme ohne Beschluss

**9.2 Antrag auf Übernahme der Kosten für 2 Expert*innen des Lernraum Knast
e.V.
Vorlage: VO/0777/22**

Frau Ockel stellt die Vertagung der TOP 9.2, 9.3 und 9.4 auf die

Haushaltsberatung zum Beschluss.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, bei 1 Enthaltung (Die Linke)

**9.3 Antrag auf Verstetigung der "Wuppertaler Familienpatenschaften" und Übernahme in eine Regelfinanzierung mit jährlicher Dynamisierung des Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.
Vorlage: VO/1778/23**

Frau Salem vom Nachbarschaftsheim berichtet über die Arbeit der Familienpaten.

Es erfolgt eine Wortmeldung von Herrn Bartsch.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, bei einer 1. Enthaltung (Die Linke)

**9.4 Antrag auf Übernahme der Kosten für die OASE der Diakonie Wuppertal
Vorlage: VO/0001/23**

Herr Düringer schlägt vor Herrn Looft-Kaufmann von der Diakonie anzuhören.

Frau Ockel stellt den Vorschlag von Herrn Düringer zum Beschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Herr Looft-Kaufmann berichtet über die Arbeit der Oase mit den Schwerpunkten Bewegung, Ernährung und Entspannung und beantwortet eine Rückfrage von Frau Scheer.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2023:

Die Drucksache wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, bei einer 1. Enthaltung (Die Linke)

Herr Weidner lädt zu einer Präventivveranstaltung des Polizeipräsidiums im September ein.

Frau Roddewig-Oudnia berichtet von der Jugendschöffenwahl, welche im Zeitraum 01.02.2023 bis 15.05.2023 stattfindet. Bewerbungen können unter Wuppertal.de über die Kachel „Stadt sucht ehrenamtliche Schöffen“ eingereicht werden.

Fragen zur Jugendschöffenwahl können an die folgende Kollegin gestellt werden:

Carina Brenig

Telefonnummer 0202 563-2541

E-Mail-Adresse jugendschoeffen@stadt.wuppertal.de

Frau Roddewig-Oudnia bitte um Mitteilung von Vertretern für die ständigen Mitglieder der Lenkungsgruppe der Queeren Jugendarbeit, welche in der letzten Sitzung benannt wurden.

Herr Dursun berichtet von Unmut über die Situation in den Kindertagesstätten, die an den Elternbeirat herangetragen wurden.

Herr Neumann empfiehlt eine Petition zu erstellen und einzureichen.

Ingelore Ockel
Stellv. Vorsitzende

Carina Brenig
Schriftführerin